

wird, die den Aufbau des Vereinigten Europäischen Kontinents einleitet. Die bisher festgehaltene "Orientierung" des Auswärtigen Amts hat Mißerfolg über Mißerfolg gebracht, indem sie uns bewußt von Frankreich wegführte, die Kluft auf dem Kontinent erweiterte, die deutsche Wirtschaft nicht gesunden ließ. Sie brachte uns dazu äußere Enttäuschungen wie die der letzten Tage. Jetzt ist die Zeit sich endlich *richtig* zu orientieren. Durch die Erschütterung des Glaubens an die nationalsozialistischen Rezepte ist Brüning heute auch in seinem Handeln freier denn je. Jetzt geht es nur noch um den Entschluß. Führung lautet die Parole. Brüning muß die Zügel in die Hand nehmen, um die Fahrt anzutreten. Zögert er, dann ist es Pflicht der Sozialdemokratie sie ihm in die Hand zu drücken. Mit Besorgnis registriert man unter der Fülle der für die Sommerpause in Aussicht genommenen Regierungsmaßnahmen ausschließlich solche der gewohnten fiskalischen Natur. Das ist Verwaltung, keine Politik. Das ist administrativer Schematismus, kein schöpferischer politischer Gedanke, der kühn den verhängnisvollen Zirkel sprengt. Die Sozialdemokratie wird mit höchster Wachsamkeit alle Vorgänge verfolgen müssen, um rechtzeitig einzugreifen. Es kann nicht der Sinn des "Tolerierens" sein einfach hinzunehmen, was von "oben" geschieht. Die Grenzen der Tolerierung liegen dort, wo durch Fehler oder Unterlassungen ihr Erfolg in Frage gestellt wird. Wenn die Sozialdemokratie vor sich selbst unbelastet dastehen will, wird sie dartun müssen, daß sie weder bedingungs- noch ziellos sich zu dieser Taktik entschlossen hat. In diesem Sinn ihr ganzes Gewicht in die Wagschale zu werfen ist das Gebot der Stunde.

RICHARD KLEINEIBST · EUROPÄISCHE ZOLL- UNION



NICHTS kennzeichnet die außenpolitische Unkenntnis und Desorientiertheit deutscher Politiker und politischer Publizisten so sehr wie die (bei einem großen Teil doch wohl nicht gespielte) Überraschung über den Sturm, den der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion in Europa erregt hat. Der Blick der meisten Deutschen endet im günstigsten Fall an der Grenze des Landes und vorher meist noch an der Mauer kritiklos übernommener außenpolitischer Parolen. Unbelehrt über das, was draußen vorgeht, läßt das deutsche Volk sich gängeln, es glaubt heute das und morgen das Gegenteil, so wie es ihm von gleichgestimmten Seelen und ähnlich uniformierten Köpfen allmorgendlich zum Frühstück und (wir sind ja so stolz auf unser Tempo) allstündlich neu aufgewärmt vorgetischt wird. Diese glaubwillige Bereitschaft war das Unglück in der Vorkriegszeit, sie ist die größte Gefahr seit 1918.

Dem Plan des deutsch-österreichischen Zollzusammenschlusses wie der Art seiner Konzipierung und "Verlautbarung" ist ein positives Verdienst nachzurühmen: Er hat Europa aus seinem Hindämmern in gewisser Selbstzufriedenheit geweckt, hat die Notwendigkeit erhöhter Aktivität für die politisch-wirtschaftliche Gestaltung des Kontinents dargetan, und es ist deshalb die Aufgabe, nach dem guten englischen Wort, to make the best of it. Vorher freilich muß dieser vielverzweigte Komplex analysiert werden, um Absichten von unfreiwilligen Möglichkeiten zu sondern, um Ziel und Weg zu bestimmen, um schließlich Idee und politische Gegebenheiten mit einander in Einklang bringen zu können. Ist dieser Plan auch unerwartet aufgetaucht,

so ist er doch nicht wie Athene dem Haupt des Zeus entsprungen sondern ein konsequentes Ergebnis inkonsequenter deutscher Nachkriegspolitik, einer Art von Politik, vor der seit Jahr und Tag und fortgesetzt hier gewarnt worden ist. Es ist kein Zufall, daß das Ausland in diesem Plan (der an sich als Beginn eines kontinentalen Zusammenschlusses zu begrüßen wäre) den Keim zu einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa zu erkennen glaubte. Man hatte in Deutschland diese Absichten in den letzten Jahren zuerst von rechts propagiert, die Linke hatte sie dann, wie zahlreiche, früher hier wieder-gegebene Äußerungen beweisen, bereitwillig übernommen, und man hat sie so lange diskutiert, bis sie als selbstverständliches Ziel deutscher Politik in den Köpfen festsaßen. Der tiefste Grund für diesen unzeitgemäßen Schein-ausweg wie für alle wechselnden Kombinationen deutscher Außenpolitik, für dieses ständige Schwanken zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd ist die Abneigung gegen die Einfügung in das europäische Kontinentalsystem, die Hoffnung doch noch einmal, sei es mit unverbindlicher Unterstützung Englands, sei es mit Hilfe der russischen Dampfwalze, sei es in Einheitsfront mit Italien als dem Protagonisten der übrigen revisionsbedürftigen Staaten, zu einer neuen Weltmachtstellung durch Beherrschung des Kontinents, statt durch Zusammenarbeit mit seinen Völkern, zu kommen. Unsinnig gewiß, zumal im Hinblick auf Englands nie aufgegebene Doktrin des Mächteausgleichs, ebensowenig in das Schema eines italienischen *sacro egoismo* passend, aber doch als Wunsch geträumt. Man hängt in dem angeblich "dynamischen" Deutschland viel mehr als in dem "statischen" Frankreich an dem Traum einer nationalen Staatsindividualität, einer durch keine Konzession an die europäische Gemeinschaft gemilderten nationalstaatlichen Souveränität zu einer Zeit, da (es wird schlagwörtlich bei uns ja bis zum Übermaß wiederholt) bereits in Kontinenten nicht nur gedacht sondern gehandelt wird. Ein ergiebiges Feld, dieser Zustand, für die moderne Psychologie, der wir den Begriff der Verdrängung verdanken, in Anwendung auch auf die Massenpsychologie. Hinzu kommt, was man in Frankreich sehr richtig erkannt hat, was zum Beispiel der Temps am 3. April sehr gut darstellte, ein innenpolitisches Bedürfnis, das Bedürfnis den Nationalsozialisten »den Donner zu stehlen«. Das halbamtliche französische Organ sagte dazu:

»Zur Zeit Stresemanns zeigten die Regierer des Reichs bei den internationalen Verhandlungen einige Nachgiebigkeit (*souplesse*), weil sie sich der Unterstützung der Sozialdemokraten versichern mußten für den Erfolg einer Politik der Entspannung und Verständigung, von der sie die größten Vorteile erwarteten; jetzt, da diese Vorteile erreicht sind, nehmen sie auf internationalem Gebiet wieder den Ton und das Verfahren des alten kaiserlichen Deutschlands auf, um so die nationalen Parteien zu beruhigen, deren Mitwirkung für sie unerlässlich ist, wenn sie gleichzeitig gegen die Hitlersche Reaktion und die bolschewistische Revolution regieren wollen.«

Diese gefährliche Abhängigkeit der Außenpolitik von vermeintlichen innenpolitischen Notwendigkeiten ist hier ebenfalls schon früher warnend aufgezeigt worden. Es hat allgemeine Gültigkeit, was Léon Blum, der des Chauvinismus gewiß unverdächtig ist, am 3. April im Populaire hierzu sagt. Auch er glaubt, daß der Außenminister Curtius und »vielleicht Herr Brüning« auf innenpolitische Wirkung, auf Anziehung der fluktuierenden, von der Hitlerbewegung beeinflussten Masse spekulieren, fährt dann aber fort:

»Ich glaube persönlich, daß ihre Rechnung falsch war, und daß man immer falsch handelt gegen feindliche Ideen so zu kämpfen, daß man ihnen Genugtuung gibt oder Konzessionen macht: man entwaffnet nicht den Gegner, man stärkt ihn; es ist die eigne Partei, es sind die eignen Thesen, die man so schwächt.«



AT man heute noch in Frankreich Verständnis für die innenpolitischen Schwierigkeiten der deutschen Regierung, schenkt man grade dem Reichskanzler Heinrich Brüning auch jetzt noch ausgedehnten Kredit, indem man seinen Mut und seine Geschicklichkeit rühmend hervorhebt, so ist andererseits das Vertrauen in Deutschlands Zuverlässigkeit schwer erschüttert. Da ist nicht zuletzt die *Methode*, die ohne Unterschied der Parteien, vielleicht am heftigsten sogar von links, verurteilt wird. A la Rapallo; das ist das Stichwort. Und ebenso steigt aus den Tiefen der Erinnerung das böse Wort vom »Fetzen Papier« auf. Versteht man bei uns solche Stimmung? Sie bedeutet Abschluß von der übrigen, nicht nur der französischen Welt, sie bedeutet "Einkreisung".

Nun ist es freilich nicht Deutschland sondern Österreich, das durch den Vertrag von Saint-Germain und das Protokoll von Genf von 1922 gebunden ist, und, soweit die rein juristische Seite des Problems zur Debatte steht, wird man sich allerdings, wie das schon die erste diplomatische Demarche zeigte, an Österreich halten. Aber das ändert nichts daran, daß man die Hauptlast der Verantwortung auf Deutschland legt. Es ist daher ebenso kindlich wie verstimmend, wenn man zwar in eine Diskussion der ganzen Materie vor dem Genfer Forum einwilligt, diese aber auf den juristischen Fragenkomplex beschränken, die politische Fragestellung ausschalten will.

In den ersten beiden Punkten des Protokolls über die geplante deutsch-österreichische Zollunion wird diese ausdrücklich als ein »regionaler Vertrag« nicht besonderer Art sondern von europäischer Tendenz deklariert. Aber die Tatsache, daß man, statt vorher auch mit den anderen europäischen Staaten über den Beitritt zur Zollunion zu verhandeln, Europa vor ein fait accompli stellen zu wollen schien, bewirkt, daß das Ausland jene beiden Punkte als einen Duplicationsversuch auffaßt. In der vorbereitenden Kombination erscheint Deutschland als der unumschränkt beherrschende Teil. Es saugt, wie sich französische und tschechoslowakische Blätter ausdrückten, Österreich auf, es will, wie man dort argumentiert, sich die industriellen Reste der ehemaligen Donaumonarchie einverleiben. Die anderen Staaten des europäischen Ostens und Südostens vermuten nun, daß die Gewährung des Beitritts zu dieser Zollunion für sie als die unverhältnismäßig schwächeren Unterordnung, Unterwerfung bedeuten soll. So faßt es vor allem die Tschechoslowakei auf. Dieser Nachfolgestaat, dessen Hauptbevölkerung langjährige nationale Bedrückung noch spürt, fühlt sich keineswegs beruhigt, wenn die Ausdehnung der deutsch-österreichischen Zollunion auf Ungarn, Rumänien und Südslawien in Aussicht gestellt wird: eine Konzeption, die vorläufig noch durchaus einseitiges Gepräge trägt. Die immerhin durch Schlamperei gemilderte schwarz-gelbe Herrschaft gegen eine reichsdeutsche zu vertauschen, auf Umwegen zur Selbstaufgabe gezwungen zu werden ist eine Aussicht, die in Prag zu nichts anderm als zur Gegenaktion mit allen Mitteln lockt. Man bezeichnet es dort als eine Unaufrichtigkeit die deutsch-österreichische Zollunion mit Regionalverträgen zu vergleichen, die den Zusammenschluß der südosteuropäischen Agrarstaaten zum Ziel haben. Hier handelte es sich nämlich, was auch der Deklaration Johannes Schobers auf der Europakonferenz entspricht, um eine Verbindung zwischen gleich starken Staaten. Ein solcher Zusammenschluß trüge allerdings zur Förderung eines europäischen Zusammenschlusses auf der Basis der Gleichberechtigung und

gleichen Anerkennung der einzelstaatlichen Bedürfnisse bei. Anders der deutsch-österreichische Plan. Er hätte, wie man in Prag und auch sonst auf dem Kontinent befürchtet, die Abhängigkeit Mittel- und Osteuropas vom Deutschen Reich im Gefolge. Sobald aber solche droht, würde der Drang nach nationaler Unabhängigkeit, die man nur im Rahmen eines allgemeinen europäischen Systems oder eines Regionalvertrags nach Art des vorerwähnten einschränken ließe, zu einer Gegenaktion größten Stils führen. Und selbst wenn etwa Ungarn und vielleicht auch Rumänien oder Bulgarien sich den deutsch-österreichischen Losungen geneigt zeigten, würde die Tschechoslowakei, würden Polen und Jugoslawien erst recht noch engern Anschluß an Frankreich suchen müssen. Ebenso sehr aus politischen Gründen wie aus wirtschaftlichen; denn die deutsche Rechnung läßt die Finanzierungsbedingung gänzlich außer Ansatz. Da aber kommen sich die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Agrarstaaten und ihre mit Frankreich gleichgerichteten politischen entgegen¹. Europa wäre dann von neuem in 2 Mächtegruppen gespalten, die sich gegenseitig eifersüchtig bewachen und bekämpfen würden.



UN glaubt man freilich in Deutschland in diesem Schachspiel mit Italien als einem Springer rechnen zu können. Man tut sich in der deutschen Presse nicht wenig darauf zugute, daß Italien in seiner Presse wie auch offiziell sich bei der ganzen Debatte um die Zollunion sehr zurückhält. Wie immer, wenn kleine Schwierigkeiten den politischen Gestaltungswillen Frankreichs zu durchkreuzen scheinen, diskontiert man in Deutschland auch jetzt wieder mit kaum verhüllter Freude das angeblich endgültige Scheitern der französisch-italienischen Flottenverständigung. Ein Blick in den Temps vom 4. April 1931 könnte die Übereifrigen schnell belehren, wie kaltblütig man in Frankreich diese »Zwischenpause« beurteilt, wie klar man sich dort über den Grund der italienischen Zurückhaltung ist, wie genau man weiß, »daß die Existenz der Kleinen Entente und der Einfluß Jugoslawiens sehr wohl die anscheinend unerklärliche Haltung der italienischen Diplomatie erklären können«. Aber all diese Sorgen würden im Ernstfall und endgültig, so wird da weiter ausgeführt, niemals die Haltung Italiens bestimmen. Entscheidend wäre die Gefahr, die sich für das neue Italien durch die »Bildung eines von Deutschland vollständig beherrschten Mächteblocks in Mitteleuropa« ergäbe, der »zwangsläufig auf den "Drang nach Osten" und auf den Vorstoß nach einem Ausgangspunkt auf das Adriatische Meer, das heißt auf einen Vorstoß nach Triest, zurückgreifen würde«. Aus diesen Bedingungen folgert der Temps: »Die Diplomatie von Rom ist viel zu unterrichtet und verfügt über einen viel zu klaren Sinn für politische Realitäten, um nicht zu begreifen, daß Italien in einer für es so lebenswichtigen Frage nur die Karte seiner dauernden Interessen ausspielen kann, die der "Anschluß" unter der einen oder einer andern Form aufs schwerste gefährden würde.«

Man braucht den Temps nicht zu ergänzen, um die Absurdität der Hoffnung auf italienische Hilfe im Kampf gegen Frankreich und Europa darzutun.

Wird man vielleicht in Erinnerung an die Kriegszeit schließlich in Deutschland sich die Illusion eines hilfreichen Italiens rauben lassen, wird man vielleicht die politischen Kraftlinien und Aspirationen dieses Landes begreifen und danach schließlich sich umstellen, so wird es um so schwerer sein die deutschen Politiker zu einem Verzicht auf den Glauben an England zu brin-

¹) Siehe dazu *Maas Das andere Europa*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 237 und folgende.

gen. So sehr überlegen man sich im Grunde dem "Erbfeind" Frankreich gegenüber fühlt, so gern erträgt man angelsächsisches Herrentum, fügt sich gern in die Rolle des demütigen armen Veters, der für Geschenke, und seien es auch nur armselige Almosen, dankbar ist. Das um so lieber, als man die Grundlinien der britischen Politik nicht sieht oder nicht sehen will, als man England mit Ergebenheit die Schiedsrichterrolle auf dem Kontinent zu-erkennt und die Zusammenhänge zwischen britisch-imperialer und britisch-europäischer Politik trotz dem Weltkrieg noch nicht erfaßt hat. Deshalb radotiert man auch in schönster Ahnungslosigkeit über die Rolle Englands in dem gegenwärtigen Streitfall, und da man die Motive für das Handeln des Foreign Office, so wie sie greifbar sind, nicht greifen kann, konstruiert man Motive, die dem Geist entsprechen, den man begreift. So möchte man am liebsten den armen Henderson aus den Klauen des "Hexenmeisters" Briand retten, und während man diesen, ohne seine entscheidende Rede gelesen zu haben, aller möglichen bösen Absichten bezichtigt, sieht man in Henderson nur das beklagenswerte Opfer französischer Ränke. Denn England hat ja, wie Kurt von Stutterheim im Berliner Tageblatt vom 31. März 1931 berichtet; »ein gewisses platonisches Verständnis für die Leiden und Nöte Deutschlands«. Daß es allerdings höchst platonisch ist (und immer war) kann die Freude darüber nicht dämpfen, daß doch einmal »die Ruhrbesetzung hier allgemein verurteilt« wurde, »der Polnische Korridor und die einseitige Abrüstung als unerträglich gelten«, und so fort in schönstem Verständnis der britischen Politik, der der Völkerbund (dem man doch schon geraten hat »seinen Laden zu schließen«) nach Kurt von Stutterheim »sakrosankt« ist. Solche Ahnungslosigkeit eines Londoner Korrespondenten (es ist nur ein Beispiel) macht sich ganz naiv in dem Blatt breit, dessen Chefredakteur Theodor Wolff als einer der ersten auf die Gefahren des Zollunionsplans aufmerksam gemacht hat, und dessen Pariser Korrespondent Paul Block am 4. April, leider ohne Nutz und Frommen für deutsche Leser, das verzerrte Bild des "Hexenmeisters" durch Zitate aus seiner Senatsrede wieder zurechtzuzeichnen sucht. Aber leider ist Kurt von Stutterheim die Regel des deutschen Auslandskorrespondenten, und Paul Block die Ausnahme.

Die Motive Arthur Hendersons, um darauf zurückzukommen, sind nach allgemein deutscher Interpretation: einmal die Abhängigkeit von Briand, sodann, was damit im engsten Zusammenhang steht, die Furcht vor einem Scheitern der Abrüstungskonferenz von 1932. Hier ist allerdings ein wirklicher Beweggrund berührt. Dieses Motiv ist identisch mit dem Schlagwort von der "Freiheit der Meere", über die der Unterhausabgeordnete und Lieutenant-Commander Joseph Montague Kenworthy in der Vossischen Zeitung vom 5. April 1931 einige sehr unzweideutige Ausführungen machte. Nur ein Passus sei daraus zitiert. Kenworthy stellt fest, daß England sich bis zum heutigen Tag weigert »auf das Recht der Blockade zu verzichten«, und daß damit Frankreich das Argument auf seiner Seite hat, »daß es als kleine Seemacht eine große Unterseebootflotte brauchte, um der Drohung der stärkern Seemacht seine Secwege abzuschneiden zu begegnen«. Und dann die eigentlich entscheidende Stelle in seinen Ausführungen:

»So ist auch heute noch die ungelöste Frage der "Freiheit der Meere" das Haupthindernis für die Seeabrüstung. Solange die kontinentalen Mächte eine Seeblockade fürchten oder auch nur zu fürchten vorgeben, können sie das Recht verlangen große Unterseebootflotten und überhaupt eine möglichst starke Seemacht zu unterhalten.«

Auch von diesem offeneren Engländer wird man sich in Deutschland schwerlich über die Beweggründe und Tendenzen der britischen Außenpolitik belehren lassen. Noch viel weniger ist man geneigt den *sacro egoismo* Großbritanniens, der weniger deklamiert als ausgeübt wird, politisch zu werten. So muß man im Dunkeln tappen und kann trotz Bagdadbahn und ihren Folgen nicht verstehen, daß England auch nicht einen Tag die mögliche Bedrohung seines Wegs nach Indien durch ein von Deutschland beherrschtes Mitteleuropa mit dem "Drang nach Osten" und nach dem Mittelmeer dulden würde. Daß hier der Grund für Hendersons Verhalten zu suchen sein könnte, das ist, soweit wir es überblicken können, noch in keinem deutschen Blatt auch nur angedeutet. Freilich erschwert die Erkenntnis der Umstand, daß die Haltung Englands nicht eindeutig ist und auch nicht eindeutig sein kann. Sowenig Deutschlands Hegemonie in Mitteleuropa in die britische Politik paßt, noch weniger fügt sich in diesen Rahmen die Einigung des Kontinents. Die Gründe dafür sind hier so oft erörtert worden, daß eine Erläuterung überflüssig sein dürfte. Wenn England »platonisches Verständnis« für Deutschland zeigt, wenn Kurt von Stutterheim »freundliche oder zumindestens objektive Beurteilung der Zollunion durch die City und die beiden großen Finanzblätter Londons« feststellt, so grade deshalb, weil diese Methode eine Zollunion in die Wege zu leiten *nicht* den Keim zu einer Einigung des europäischen Kontinents in sich trägt, im Gegenteil geeignet ist diesen Zusammenschluß zu erschweren. Man wird in Deutschland nicht verfehlen solche aus der tatsächlichen politischen Situation sich ergebende Erklärung für die doppelte Attitüde Englands als konstruiert zu bezeichnen, denn sie ist nicht so simplistisch wie die schöne Erklärung der "Abhängigkeit von Frankreich"; aber sie entspricht den Tatsachen, die sie zwanglos erklärt. Stünde nicht einer zweckvollen und vernunftgemäßen europäischen Außenpolitik Deutschlands die anscheinend unbesiegbare deutsche Anglomanie entgegen, das Auswärtige Amt hätte dem deutschen Volk die Tragikomödie um die englische Einladung erspart, man wäre nicht in dem »clair obscur« der heutigen Situation, wie Sven von Müller sie am 10. April in der *Vossischen Zeitung* schilderte, man hätte auch ohne die »Enttäuschung von Chequers« gewußt, »was die Grenzen englischer Außenpolitik« sind, und sich gehütet den von den *Times* lancierten Weekendbesuch in einen »großen diplomatischen Sieg der Wilhelmstraße« (so der *Temps* am 9. April) umzudeuten.



HEMEN wir zum Ausgangspunkt dieser Untersuchung zurück, so können wir feststellen: Nach der kurzen Atempause, dem "temps d'arrêt", wird die Diskussion über den deutsch-österreichischen Plan auf der Europakonferenz und vor dem Völkerbundsrat auf breiterer Basis wiederaufgenommen werden. So bietet sich die Möglichkeit aus diesem Plan doch noch das zu machen, was in seinen Eingangssätzen zu sein er verspricht. Und das könnte, wie gesagt, sein positives Verdienst sein, daß er der Einigung Europas einen fördernden Stoß versetzt hätte. Es kann nicht verkannt werden, was unter anderm im *Pariser Peuple* der Lehrer des Internationalen Rechts an der Universität Dijon Georges Scelle in scharf pointierter Weise hervorhebt: daß die europäischen Staaten nichts getan haben, um aus dem Engpaß, in den sich Europa hineinmanövriert hat, herauszukommen, und daß das die Entschuldigung für das Sondervorgehen der beiden mitteleuropäischen Staaten ist. Und es ist Georges Scelle zuzustimmen (und ist ja nichts anderes als die von den Sozialistischen Monats-

heften immer vertretene These, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland nur durch die europäische Einigung zu vollziehen ist²⁾, wenn er sagt: »Die einzige Art und Weise dem deutsch-österreichischen Zollverein alles Gift zu nehmen ist: aus ihm eins der Elemente des kontinentalen Zollvereins zu machen.« Das aber heißt praktisch deutsch-französische Zusammenarbeit, die man auch in Deutschland (platonisch) als das A und O europäischer Zusammenarbeit anerkennt. Das heißt von der Bereitwilligkeit Frankreichs Gebrauch machen, heißt in die Hand einschlagen, die Aristide Briand ausstreckt. Auch Paul Block zitiert Briand, wie er nach dem Journal Officiel sich ausgedrückt hat: »Ich will noch immer hoffen, daß heilsame Überlegung die beiden Länder von einem bedenklichen Ziel abwendet, und daß sie auf diese Art der Welt zeigen: Wir wollen nicht auf die Politik der Zusammenarbeit und der internationalen Solidarität verzichten. Wenn Deutschland und Österreich so handeln wollten, dann würden wir uns aufrichtig darüber freuen. Wir würden nicht, wie Herr Lemery es getan hat, erklären, daß wir das Vertrauen auf immer verloren haben.«

Ja, wir brauchten uns nicht zu schämen die goldne Brücke zu betreten, die Léon Blum als guter Anwalt zu bauen sucht: daß man nämlich sich in Deutschland und in Österreich nicht über die Tragweite ihres Vorgehens klar geworden, daß jenes Abkommen ein »phénomène de mésintelligence« sei. »Eine internationale Lösung drängt sich auf«, schreibt er im Populaire vom 5. April 1931 über den Schluß einer Artikelserie zum Problem der Zollunion: »Man muß in Deutschland die öffentliche Meinung dahin bringen, daß sie sich Rechnung ablegt: nicht nur über den begangenen Irrtum sondern auch über die Gründe dieses Irrtums, die zu einem großen Teil in dem Fortbestehen der Kaders und der Traditionen der alten kaiserlichen Verwaltung zu suchen sind. Man muß sie überzeugen, daß die Idee einer internationalen Ordnung ohne irgendeinen Hintergedanken anerkannt werden muß, daß ihrer wirklichen Annahme die nationale Ehre nicht nur nicht entgegensteht, daß sie sie vielmehr gebietet, daß die Hingebung an den Frieden und, wenn es sein muß, die Opfer für den Frieden die eigentliche Ehre der Völker geworden sind.«

Ziel, Weg und Methoden in Deutschland sind zu ändern, wenn der Friede in Europa gewahrt bleiben, wenn die wirtschaftliche Not und Zerrissenheit behoben, wenn die Vereinigung Deutschlands mit dem Brudervolk in Österreich erreicht, wenn Deutschland und mit ihm Europa wieder zur Ruhe kommen sollen. Es muß Schluß gemacht werden mit der Allerweltpolitik, die uns schon einmal in einen Krieg geführt hat. Das ist die Lehre aus dieser neuesten (könnte man nur sagen: letzten) Verirrung. Carl von Ossietzky trifft durchaus das Richtige, wenn er die Situation so charakterisiert:

»Überall auf Gottes weiter Erde sucht man den Schlüssel, nur dort nicht, wo er nicht etwa verborgen sondern offensichtlich mitten auf dem Tisch des Hauses liegt: in Paris! Die Reparationsfrage ist keine deutsche sondern eine deutsche und französische Angelegenheit, denn beide Völker leiden gemeinsam unter den Tributen an das amerikanische Finanzkapital. Um diese einfache Sachlage nicht wahrzunehmen, führt man in Deutschland die verrücktesten Komödien auf.«³⁾

Aber diese Komödien können unversehens in schlimmste Tragödien umschlagen. Ein Stein ist in das europäische Haus geworfen worden; wenn durch die zerbrochenen Scheiben ein frischer Luftzug einzieht, so kann er die Atmosphäre reinigen. Die Mietparteien, um bei dem Bild zu bleiben, müssen sich verstehen und verständigen. Als das "Land der Mitte" Europas hat Deutschland die Aufgabe die Verbindung nach West und Ost zu schlagen.

2) Siehe darüber *Quessol* Europa und der Anschluß Österreichs an Deutschland, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 658 und folgende.

3) Siehe von *Ossietzky* Berlin-Wien, in der Weltbühne 1931 I Seite 451.

Für einen Europäischen Zollverein sind wirtschaftlich die Grundlagen bereits geschaffen. Deutschlands Industrie, Frankreichs Finanzkraft, Ost-, Südost- und Südeuropas Agrarwirtschaft, um nur diese materiellen Faktoren zu erwähnen, ergänzen sich heute in glücklichster Weise. Mit der politischen Flurbereinigung, wie das Briand von Anfang an betont hat, wird das neue Europa, wird der wirtschaftliche Aufbau beginnen müssen. Deutschland braucht den Schlüssel nur da zu suchen, wo er ist, um das Tor ins Freie zu öffnen. Es kann durch keine Kombination der europäischen Einigung zuvorkommen, aber es kann sie mehr fördern als irgendein anderes Land. Und es kann sich selbst nur in ihr und durch sie befreien.

BALTHASAR WEINGARTZ · DAS BRITISCHE IMPERIUM UND DIE ARBEITERPARTEI

KAM auch Sir Oswald Mosleys Austritt aus der Labour Party kaum unerwartet, so erregte dieser Schritt doch weit über die Kreise der Partei hinaus größtes Aufsehen. Recht auffallend war die Reportage über den Fall in der deutschen sozialdemokratischen Presse, die es als ein Glück ansah, daß der »reiche wie ehrgeizige« Sir Oswald »der Partei den Rücken gekehrt« habe, was »im Interesse der Klarheit« nur nützlich sei. Das ist natürlich keine Erklärung für die Beweggründe des Schritts; gibt es doch auch ohne Sir Oswald Mosley genug »reiche« wie »ehrgeizige« Parteimitglieder. Es grenzt stark an Irreführung, wenn die Berichterstattung über innere Parteiverhältnisse ausländischer Bruderparteien in dieser Form betrieben wird.

Nun hat man bei uns Sir Oswald Mosley mit Adolf Hitler verglichen, wohl weil er seinen Kreuzzug in "nationalem" Sinn führen will. Welch ein Widersinn: Mosley, der ein Zukunftsziel aufstellt (mag man es ansehen wie man will), mit dem Verkünder einer Vergangenheitsideologie zusammenzustellen, den Vertreter des universalistischen Imperialgedankens mit dem Gefangenen eines ausscheidenden und einengenden Scheinnationalismus. In England sieht man die Sache richtiger. Arthur Fenner Brockway schrieb in einem Artikel Ferment der Ideen im New Leader vom 7. November 1930:

«Eine Betrachtung der parlamentarischen Debatten ergibt die Tatsache, daß die Grenzl意思ien der Parteien überall durchbrochen sind. Allgemein gesprochen dreht es sich um den Unterschied zwischen Jung und Alt. Es gibt 2 Typen von Rednern. Der eine betrachtet das Parlament als eine politische Arena, strebt genau so wie beim Fußballmatch nach Punkten. Der andere Typus ist unzufrieden mit diesem politischen Spiel, er sucht nach Ideen und ihrer Realisierung. Dieser ist mit dem alten, auf dem Parteisystem basierenden Spiel nicht mehr einverstanden. Vielleicht erleben wir bald eine Revolte der jungen Mitglieder der 3 bestehenden Parteien wider den Geist der alten Generation. Schließlich handelt es sich um den Unterschied zwischen denen, die den Ernst der jetzigen Lage begreifen, mit Schrecken das stetige Steigen der Arbeitslosenzahl betrachten und nach radikalen Heilmitteln suchen, und denen, die glauben mit kleinen Palliativmittelchen (die wohl in sich gut sein mögen) auszukommen, da doch weiter nichts unternommen werden könne.»

Und Brockway begann seine Gedankengänge mit folgenden Sätzen, die in der Partei nicht geringes Aufsehen erregten:

«Der 7tägige parlamentarische Kampf [über das Erwerbslosenproblem] erzeugte ein nur mageres Ergebnis. Und doch war er nicht vergebens. Er schuf Klarheit über die Stellung der 3 politischen Parteien. Von größter Bedeutung war die Tatsache, daß unbekümmert um die Grenze der Parteien sich neue Ideen bilden.»